

Vergleich geht in die Verlängerung

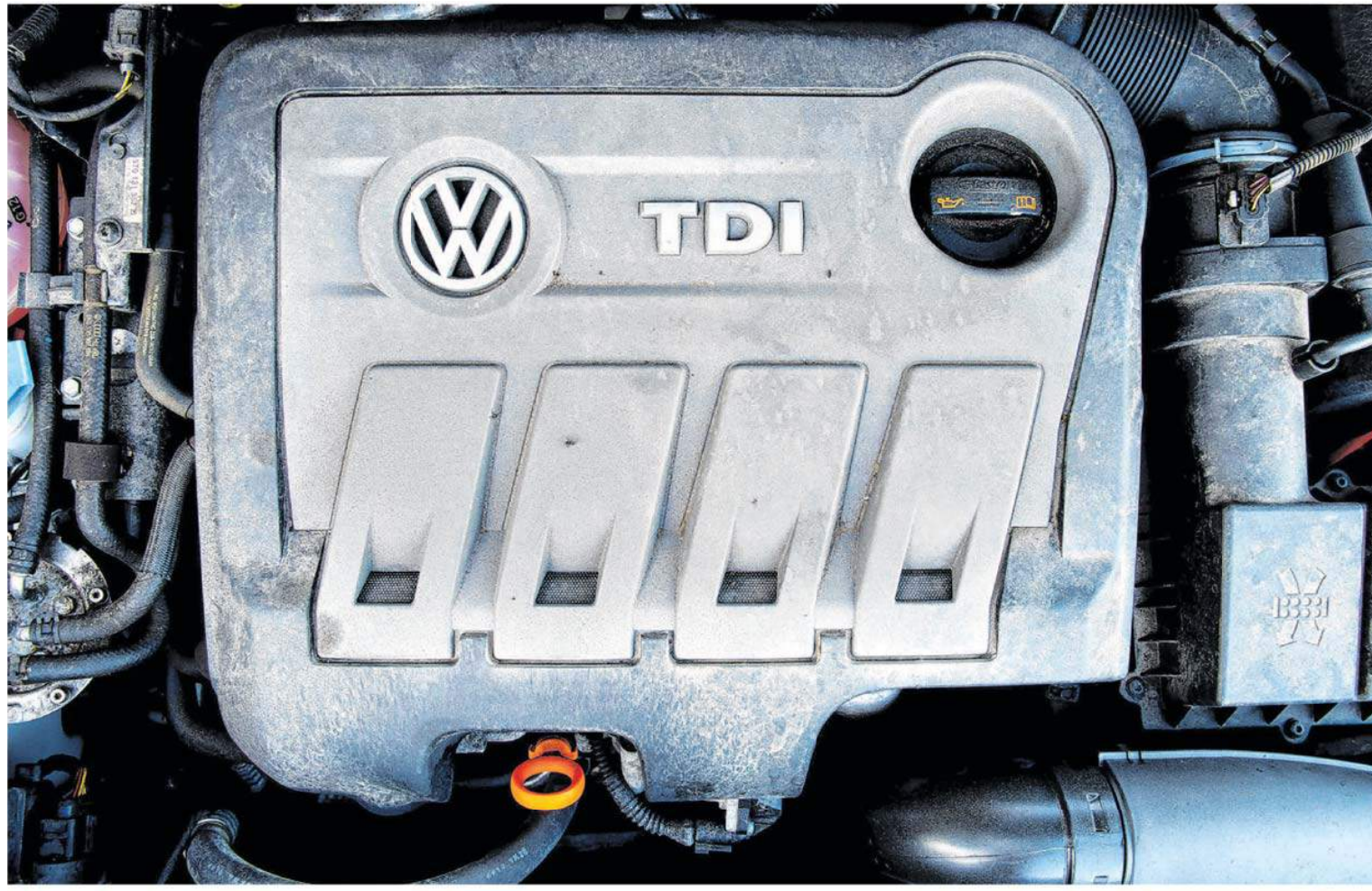
Volkswagen Frist nach der Frist: VW-Kunden haben länger Zeit, sich einem Diesel-Entschädigungsverfahren anzuschließen. 200 000 Besitzer sollen bis zu 6250 Euro erhalten. *Von Thomas Veitinger*

Volkswagen will bei „Dieselgate“ auch in Deutschland reinen Tisch machen. Doch ganz so schnell wie zunächst gedacht geht es mit der Aufarbeitung des Abgasskandals nicht voran. Zwar hat der Konzern mit 200 000 Kunden bereits Entschädigungen zwischen 1350 € und 6250 € pro Auto ausgehandelt, die von 5. Mai an ausbezahlt werden sollen. In rund 21 000 Fällen steht eine Prüfung aber noch aus. Darüber hinaus will der Autobauer weiteren Dieselfahrern bis Ende des Monats die Möglichkeit geben, Unterlagen nachzureichen, wie es in Wolfsburg heißt. Eigentlich wäre die Frist jetzt ausgelauten. Wegen des Andrangs sei es aber zeitweise schwer gewesen, ein Servicecenter zu erreichen.

Nach Auskunft des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (vzbv) sollen die geschädigten Kunden mit der Abwicklung durch VW insgesamt zufrieden sein. Besonders um Ostern habe es jedoch Probleme gegeben. So beklagten sich etwa 2000 Käufer von Fahrzeugen mit dem Motor EA 189 unter anderem, keine Zugangsdaten fürs Vergleichsportale und falsche oder missverständliche Auskünfte erhalten zu haben. Ursprünglich hatte es 440 000 Einträge für das Musterfeststellungsverfahren gegeben. Darunter waren aber zehntausende Doppel- und Spaßeinträge. Ausortiert wurden auch Verbraucher, die zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht in Deutschland ge-

Gar nichts zu machen, ist wie Geld zu verschenken.

wohnt oder ihr Fahrzeug nach dem 1. Januar 2016 gekauft hatten. Berechtigt sind Autos der VW-Kernmarken, also etwa von Audi, Skoda, Seat und leichte VW-Nutzfahrzeuge der Modelljahre 2008 bis 2016. Übrig blieben 262 000 Dieselpesitzer.



Ein Volkswagen Touran mit einem vom Abgas-Skandal betroffenen 2.0l TDI Dieselmotor vom Typ EA189.

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Wer mit der Einmalzahlung nicht zufrieden ist, hat auch noch die Möglichkeit, in Einzelverfahren für eine Entschädigung zu streiten. Diese sollten aber vor dem Oktober eingereicht werden, da sonst Ansprüche verfallen, raten die Verbraucherschützer. Es ist unklar, ob vergleichbare Bedingungen erzielt werden können – was auch maßgeblich vom ersten Fall am BGH abhängen könnte. Am 5. Mai wird der BGH sich mit dem Dieselpesitzer befassen. Er wird sich voraussichtlich unter anderem dazu äußern, ob er Schadensersatzansprüche für gerechtfertigt und eine Nutzungsentschädigung für angemessen hält. Ob der BGH Schadensersatzansprüche ablehnt, ob er die bis-

herige Rechtsprechung bestätigt oder ob er sogar verbraucherfreundlicher urteilt, ist offen. „Wer weniger Risiko eingehen möchte, kann den Vergleich annehmen“, sagte vzbv-Chef Klaus Müller. Anwaltskanzleien werben weiter um die Vertretung von Mandanten in Einzelprozessen, in der Regel gegen Gebühren im Fall eines Erfolgs. An vielen Land- und Oberlandesgerichten gab es schon Dieselverfahren – mit unterschiedlichem Ausgang.

Müller zeigte sich insgesamt zufrieden mit dem Ergebnis: „Es ist das erste Mal, dass Verbraucher sich in einem Massenverfahren dieser Größenordnung gemeinsam gegen einen Betrug zur Wehr setzen konnten.“ Dennoch

Schlechte Karten mit einem Mercedes

Wer einen Daimler besitzt, sich geschädigt fühlt und Schadenersatz fordert, hat meist das Nachsehen. Von etwa 2200 Verfahren seien bisher nur gut 80 zu Gunsten der Kläger ausgegangen, sagt Daimler. Von den 60 Verfahren vor Oberlandesgerichten verlor der Autobauer noch gar keines. Auch die Zahl der Vergleiche liege nur „im niedrigen zweistelligen Bereich“. Eine Musterfeststellungsklage gibt es nicht. Allerdings kommt es immer wieder zu Zahlungen an Kunden, wenn Daimler eine Niederlage droht. Über die Zahl dieser Einigungen gibt Daimler allerdings keine Auskunft. *vt*

müsse das Instrument einfacher und verbraucherfreundlicher werden. Hunderttausende Verbraucher blieben außen vor. Müller hatte VW aufgefordert, sein Angebot auf alle Kunden auszuweiten – dem folgte der Autobauer aber nicht. Der vzbv war mit dem Musterfeststellungsverfahren stellvertretend vor Gericht gezogen. VW zögerte bei dem Vergleich lange mit Verweis auf die unterschiedlichen Fälle.

Bestätigt dürfte sich auch Ralph Sauer fühlen, einer der Rechtsanwälte des Musterfeststellungsverfahrens. Er hatte vorab dieser Zeitung in Richtung VW-Besitzer erklärt: „Gar nichts zu machen, ist wie Geld zu verschenken.“ *(mit dpa)*

Arbeitgeber gegen Aufstockung

Kurzarbeitergeld Der DGB fordert eine Anhebung auf 80 Prozent. Innerhalb der Koalition ist das Vorhaben umstritten.

Berlin. Die Arbeitgeber lehnen eine pauschale Erhöhung des Kurzarbeitergelds in der Corona-Krise ab. Von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hieß es: „Die Bürger und Unternehmen als Steuer- und Beitragszahler werden Leistungsausweitungen mit der Gießkanne nicht dauerhaft finanzieren können. Die Politik kann deshalb die Erwartungen nur nachhaltig enttäuschen.“ Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hatte sich hinter Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gestellt, das Kurzarbeitergeld befristet anzuhängen. Der DGB schlägt vor, die staatlichen Zuschüsse von 60 auf 80 Prozent der Nettoeinbußen (87 Prozent bei Arbeitnehmern mit Kindern) für die Monate Mai, Juni und Juli aufzustocken.

Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, es gebe innerhalb der Bundesregierung noch keine Verabredung. In der großen Koalition ist eine Anhebung umstritten. Kritik kommt auch aus der Opposition. Der Arbeitsmarktexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Johannes Vogel, wandte sich gegen eine pauschale Erhöhung für alle. Viele Unternehmen würden das Kurzarbeitergeld selbst aufstocken. Die Grünen sprachen sich für eine gestaffelte Anhebung des Kurzarbeitergeldes aus. Der Zuschuss solle umso höher sein, je geringer das Einkommen der Betroffenen ist. *dpa*

Ölpreis stürzt auf Rekordtief

Energie US-Rohöl notiert am Montag an New Yorker Börse im Negativbereich.

New York. Wegen der Corona-Krise ist der Preis für US-Rohöl auf einen historischen Tiefstand gefallen. Der Preis für einen Kontrakt, der eine physische Öllieferung im Mai vorsieht, notierte erstmals seit Aufnahme des Future-Handels im negativen Bereich je Barrel (159 Liter).

Einerseits zeigt dies, wie stark Angebot und Nachfrage derzeit am Ölmarkt auseinanderfallen. Andererseits handelt es sich um ein sehr spezielles Phänomen, bedingt durch den an diesem Dienstag verfallenden Mai-Terminkontrakt auf US-Öl. Bei solchen Verträgen verpflichtet sich der Verkäufer, eine festgelegte Menge einer Ware – in diesem Fall Öl – zu einem festen Preis und Termin zu liefern. Aufgrund einer giftigen Mischung aus einer stark fallenden Nachfrage und einem viel zu hohen Angebot drohen in vielen Ländern die Lagerkapazitäten überschritten zu werden. *dpa*

Ein erfolgreicher Netzwerker

Heinrich Haasis Der ehemalige Präsident des Deutschen Sparkassenverbands wird 75 Jahre alt.

Berlin. Als erfolgreicher Strippenzieher lässt sich Heinrich Haasis am besten charakterisieren. Lange Jahre bewegte sich der überzeugte Sparkassen-Mann auf wirtschaftlichem wie auf politischem Parkett. „Ein versierter Kommunal- und geschickter Landespolitiker, ein bestens vernetzter Drahtzieher mit hoher Sachkenntnis, unermüdlicher Energie, enormem Fleiß und absoluter Integrität“, wie ihn sein Nachfolger als Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Peter Schneider, beschreibt. Am heutigen Dienstag feiert der gebürtige Balinger seinen 75. Geburtstag.

Von 2006 bis 2012 war Haasis Präsident des Deutschen Sparkas-

sen- und Giroverbands. Einschneidendstes Ereignis in dieser Zeit war die schwere internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09, durch die er die Sparkassen-Finanzgruppe erfolgreich führte. Zu den schwierigen Kapiteln gehörte, dass die Landesbank Baden-Württemberg sowie andere Landesbanken in Schieflage gerieten und hauptsächlich mit Landes-Milliarden gerettet werden mussten.

Zuvor war es Haasis gelungen, die Sparkassen und ihre öffentliche Organisation zu verteidigen. Die EU-Kommission wollte diesen Schutz aufheben und auch privaten Instituten erlauben, unter dem Namen „Sparkasse“ aufzutreten. Er konnte

auch verhindern, dass die Landesbank Berlin, die durch einen großen Immobilienskandal schwer angeschlagen war, bei privaten Investoren landete. Auf seine Initiative hin wurde sie 2007 in einer großen Gemeinschaftsaktion von den Sparkassen übernommen, was verhinderte, dass Private als „Sparkasse“ Bankgeschäfte betreiben können.

Von diesem Engagement das sehr heterogene Sparkassen-Lager zu überzeugen, war eine große Leistung des Sparkassen-Präsidenten. Allerdings erwies sich der Kaufpreis des Instituts, das heute nur noch als Berliner Sparkasse firmiert, im Nachhinein als sehr hoch und als erhebliche Belastung für das Sparkassen-Lager.

75 Jahre alt: Heinrich Haasis. Foto: Stephanie Apelt



Viessmann Beatmungsgeräte statt Heizungen

Allendorf. Der Heizungsbauer Viessmann hat einen Teil seiner Produktion umgestellt, um in der Corona-Krise Beatmungsgeräte herzustellen. Innerhalb weniger Tage sei eine Produktionslinie für Gas-Wandgeräte am Unternehmenssitz im nordhessischen Allendorf/Eder umgebaut worden, teilte Viessmann mit. Nach der noch nicht erfolgten Sonderzulassung sei eine Produktion von 600 Stück pro Tag möglich. Viele Teile der Gasgeräte seien übernommen worden. *dpa*



EU-Hilfen für Fischer

Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hat EU-Hilfen für Fischer in der Corona-Krise begrüßt. Nun könnten Betriebe unterstützt werden, die wegen der Pandemie vorübergehend schließen müssen. *Foto: Christian Charisius/dpa*

Immobilien Corona drückt die Preise

Frankfurt/Main. Die Preise für Wohnungen könnten laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft wegen der Corona-Krise sinken. „Ausgehend von möglichen Insolvenzen und vermehrter Arbeitslosigkeit dürften die zukünftigen Mietpreiserwartungen vermindert werden“, schreibt Studienautor Michael Voigtländer. Je mehr die Wirtschaft einbreche, desto stärker dürften die Preise sinken. Er rechnet mit einem Preisrückgang zwischen 0 und 12 Prozent. *dpa*

Dürr Neuer Chef für Aufsichtsrat

Bietigheim-Bissingen. Der Anlagenbauer Dürr bekommt einen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden. Auf den ausscheidenden Karl-Heinz Streibich soll Gerhard Federer folgen, der seit 2016 im Aufsichtsgremium ist. Streibich kandidiert für den Chefposten im Aufsichtsrat der Software AG, wo er bis 2018 Vorstandschef war. Er habe sich daher für ein Niederlegen des Mandats bei Dürr entschlossen. Die Hauptversammlung soll am 28. Mai online stattfinden. *dpa*

Exporte brechen ein Die Folgen der Corona-Pandemie treffen die japanischen Exporte mit voller Wucht: Die Ausfuhren gingen im März um 11,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück. Im Februar lag der Rückgang bei 1,0 Prozent.

Armband für Abstand Ein Armband mit Abstandswarner soll Beschäftigte im Hafen von Antwerpen auf Distanz halten. Die ersten Armbänder sollen Anfang Mai mit Mitarbeitern an den Schleusenanlagen getestet werden. Die Geräte sollen dafür sorgen, dass die Beschäftigten den empfohlenen Mindestabstand einhalten.